

## **Aktualisierte Fassung des Kapitels über Chile**

**Die Struktur dieser Aktualisierung gleicht der des Kapitels über Chile im Jahresbericht von Amnesty International, mit denselben Titeln und thematischen Abschnitten. Stand der Aktualisierung ist der 31. März 2021.**

### **ALLGEMEINE INFORMATIONEN**

Auf das Ersuchen der Regierung hin, hat der Kongress aufgrund der Pandemie die Verlängerung des Ausnahmezustands bis zum 30. Juni 2021 beschlossen. Ebenfalls aufgrund der COVID-19-Pandemie, tritt der Kongress momentan zusammen, um einen Vorschlag der Regierung zu diskutieren, die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung, die am 10. und 11. April stattfinden sollten, auf den 15. und 16. Mai zu verschieben.

### **EXZESSIVE GEWALTANWENDUNG**

Die regionale Staatsanwaltschaft von Valparaíso untersucht weiterhin mindestens sechs Klagen über Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Laut Informationen der Presse war geplant, dass der aktuelle Polizeipräsident der Carabineros, Ricardo Yáñez, Ende März vor der regionalen Staatsanwältin aussagt, aber er hat durch seinen Anwalt darum gebeten, dies aufzuschieben.

Die Fälle von Gustavo Gatica und Fabiola Campillai werden weiterhin untersucht. Im Fall von Gustavo Gatica hat die Staatsanwaltschaft im März eine Zwischenverfahrensanhörung für den des Vergehens beschuldigten Ex-Carabinero und die Vergrößerung des Untersuchungszeitraums beantragt.

Das 7. Garantiegericht (Juzgado de Garantía) von Santiago hat die von seiner Verteidigung präsentierten Argumente abgelehnt und der ehemalige Carabinero wird für die Dauer der Untersuchung eingesperrt bleiben.

Der Fall des Jugendlichen A.A.A., der von der Brücke Pío Nono in das Flussbett des Mapocho geworfen wurde, wird ebenfalls weiterhin untersucht. Allerdings ist lediglich der Carabinero angeklagt, der auf den Jugendlichen einschlug, ohne dass die Verantwortlichkeit der anderen Carabineros analysiert worden wäre. Zum Beispiel ihre Verantwortung dafür, weder die Untersuchung erleichtert zu haben, noch dem Jugendlichen geholfen zu haben als sie sahen, was vor sich ging.

Die von der Staatsanwaltschaft im März an die Presse gegebenen Informationen deuten an, dass fast die Hälfte der Verfahren wegen Verstöße gegen die Menschenrechte im Rahmen der sozialen Unruhen ohne offizielle Anklagen und in der Mehrzahl praktisch ohne Fortschritte abgeschlossen wurden.

Die Staatsanwaltschaft berief sich auf Schwierigkeiten in Zusammenhang mit verfügbaren Ressourcen, fehlende Antworten der Polizeibehörden und auf

Probleme, die Opfer zu lokalisieren. Bis dato gibt es nur eine Verurteilung.

Eine von der Rechnungsprüfungsbehörde durchgeführte Untersuchung wurde im März abgeschlossen und hat dem Polizeipräsident der Carabineros empfohlen, zwei Generäle und einen General im Ruhestand, die während der sozialen Unruhen Ende 2019 Leitungsfunktionen innehatten, für ihre offiziellen Verantwortlichkeiten während dieser Periode, zu suspendieren.

Amnesty International hat zwischen Januar und März 2021 immer wieder Informationen über schwerwiegende Vorfälle von Polizeigewalt erhalten, wie durch Pfefferspray verursachte Verbrennungen, die wahllos Menschen, darunter Kinder und Jugendliche, betrafen; direkte Attacken und Verhaftungen von Beobachter\_innen von Menschenrechten, Fotograf\_innen, Journalist\_innen und Gesundheitsbrigaden, und Verhaftungen unter Anwendung von exzessiver Gewalt. Im Februar haben wir Informationen über einen Jugendlichen erhalten, der durch einen Schuss von Carabineros in Panguipulli getötet wurde und einen neuen Fall einer Augenverletzung in Santiago.

Opfer von Augenverletzungen haben sich an Amnesty International gewandt, um ihre Besorgnis über das mangelhafte Funktionieren des Programa Integral de Reparación Ocular (PIRO) auszudrücken, und die Dringlichkeit, dass dieses wirklich umfassend angewendet werden muss, in ganz Chile, und ohne das Risiko der Wiederviktimisierung oder der Diskriminierung derer, die es in Anspruch nehmen. Es wurden keine neuen Fortschritte im Zusammenhang mit der Reformierung der Carabineros bekannt, und die Sektion über dieses Thema auf der Website des Innenministeriums war zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieses Dokumentes nicht verfügbar. Im März wurde die Präsentation eines Buches mit dem Titel „Menschenrechte in der institutionellen Doktrin“ angekündigt, ohne weitere Informationen über dessen Inhalt oder die Form, in der es benutzt werden wird.

## **UNTERDRÜCKUNG ANDERSDENKENDER**

Den zwischen Januar und März abgehaltenen Demonstrationen wurde mit dem wahllosen Einsatz von Wasserwerfern und Tränengaskanistern sowie dem "copamiento"(= Übernahme) durch den Einsatz einer großen Anzahl von Polizei- und Panzerfahrzeugen begegnet. Diese Maßnahmen dienen nicht der Kontrolle der öffentlichen Ordnung, sondern sie sollen Demonstrationen verhindern, auch wenn diese friedlich verlaufen.

Im Januar 2021 legte eine Gruppe von Abgeordneten einen Gesetzentwurf zur Aufhebung des Staatssicherheitsgesetzes, des "Anti-Barrikaden"-Gesetzes und der präventiven Identitätskontrolle vor.

Im März startete die Regierung eine allgemeine Volksbefragung, um Meinungen über die Regelung des Rechts auf friedliche Versammlung einzuholen. Die Fragen stellen Optionen dar, die, wenn sie angenommen werden, der internationalen Regelung der Versammlungsfreiheit widersprechen würden.

## **RECHT AUF GESUNDHEIT**

Der Monat März markierte einen erneuten Anstieg von COVID-19-Infektionen und Todesfällen in Chile sowie einen weiteren deutlichen Anstieg der Bettenbelegung auf der Intensivstation. Damit hat sich die Situation von Mitte 2020 wiederholt:

Das Gesundheitspersonal ist erschöpft und ohne effektive Unterstützung. Die Regierung wies im März die Krankenhausdirektionen an, nicht über die Situation vor Ort zu berichten, und kündigte in einem speziellen Fall in Valparaiso rechtliche Schritte gegen die Person an, die die Situation in einer Krankenhaus Leichenhalle gemeldet hatte.

Der Impfprozess, der Ende Dezember 2020 begann, ist im Allgemeinen positiv verlaufen. Nach offiziellen Angaben wurden mehr als 6,5 Millionen Menschen mit einer Dosis und mehr als 3,5 Millionen mit zwei Dosen des Impfstoffs geimpft. Im Februar wurde ein Rundschreiben veröffentlicht, das irreguläre Migranten von der Impfung ausschließen könnte. Verschiedene Regierungsbeamte gaben unterschiedliche und verwirrende Erklärungen ab, was Menschen in dieser Situation davon abhalten könnte, sich an Impfstellen zu wenden.

## **INDIGENE BEVÖLKERUNGSGRUPPEN**

Der Prozess wegen des Mordes an Camilo Catrillanca gipfelte im Januar mit der Verurteilung aller Angeklagten, einer von ihnen wurde wegen Mordes an Camilo Catrillanca und wegen des versuchten Mordes an Catrillancas minderjährigem Neffen rechtskräftig verurteilt.

Die Verteidigung beantragte die Aufhebung des Verfahrens vor dem Obersten Gerichtshof, dieser Antrag ist derzeit noch anhängig.

Im Januar wurde die 7-jährige W, Tochter von Camilo Catrillanca, zusammen mit ihrer Mutter von der Polizei festgenommen. Sie wurde Opfer übermäßiger Gewaltanwendung, während gleichzeitig das Urteil im Mordprozess ihres Vaters verkündet wurde. Das Berufungsgericht von Temuco akzeptierte die von der INDH (Nationales Institut für Menschenrechte) zugunsten von W eingereichte Beschwerde. Im Fall des Mordes an Alex Lemún, der nach einer gütlichen Einigung vor der IACHR (Interamerikanische Menschenrechtskommission) wieder aufgenommen wurde, wurde im Januar entschieden, die Eröffnung der Hauptverhandlung auf Mai zu verschieben, um das Verfahren in Präsenz durchzuführen.

Im März berichtete die IACHR, dass die Berufung zugunsten von José Tralcal, Luis Tralcal und José Peralino, die im Rahmen eines unfairen Verfahrens wegen Mordes an dem Ehepaar Luchsinger Mackay verurteilt worden waren, zugelassen wurde.

## **SEXUELLE UND REPRODUKTIVE RECHTE**

Im Januar wurde in der Kommission der Frauen und Geschlechtergerechtigkeit der Abgeordnetenkammer die Diskussion über das geplante Gesetz reaktiviert, das Schwangerschaftsabbrüche bis zur 14. Woche entkriminalisiert. Das Projekt wurde

im Jahr 2018 präsentiert, ohne dass seitdem darüber diskutiert worden war.

## **RECHTE VON LESBEN, SCHWULEN, BISEXUELLEN, TRANS- UND INTERGESCHLECHTLICHEN**

Im Januar stimmte der Senat dem Gesetzentwurf zur Reform des Gesetzes zur Einführung von Maßnahmen gegen Diskriminierung grundsätzlich zu. Der Gesetzentwurf wird derzeit in der Kommission für Menschenrechte, Nationalität und Staatsbürgerschaft ausführlich diskutiert.

## **RECHTE VON MIGRANT\_INNEN**

Im Februar sind über 1000 Personen in der Gegend um Colchane nach Chile gekommen, mehrheitlich Venezolaner\_innen, um Schutz im Land zu finden. Mindestens fünf Personen sind im Laufe des Jahres gestorben, als sie versuchten die Grenze auf dem Landweg zu überqueren. Die Regierung hat über 100 Personen ausgewiesen, obwohl in vielen Fällen Rechtsmittel anhängig waren, deren Ergebnisse nicht abgewartet wurden, und in einigen Fällen wurde die Ausweisung nachträglich für illegal erklärt.